

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Hans Herold

Abg. Tim Pargent

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Florian Ritter

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Josef Zellmeier

Staatsminister Albert Füracker

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Wie bereits zu Beginn der Sitzung bekannt gegeben, entfällt der Tagesordnungspunkt 6, und wir kommen damit zur gemeinsamen Beratung der **Tagesordnungspunkte 7 und 8**, die ich hiermit aufrufe:

Antrag der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2020 (Drs. 18/18198)

und

Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2020 für den Epl. 11 (Drs. 18/21236)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 54 Minuten vereinbart. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Als erster Redner hat der Kollege Hans Herold für die CSU-Fraktion das Wort. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie alle wissen, prüft der Bayerische Oberste Rechnungshof die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Staates einschließlich der Staatsbetriebe und der Beteiligungen an Unternehmen. Heute geht es, wie Sie alle wissen, um die Entlastung der Staatsregierung durch den Landtag für das Haushaltsjahr 2020, das heißt konkret: das erste Jahr der Corona-Pandemie.

Grundlage war der Doppelhaushalt 2019/2020, der Nachtragshaushalt 2019/2020 und schließlich der zweite Nachtragshaushalt 2020. Sie alle wissen, dass wir aufgrund der Corona-Pandemie eine äußerst schwierige Finanzsituation hatten und auch noch haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das heißt: Einnahmen und Ausgaben sind deswegen nicht ohne Weiteres mit den Vorjahren ver-

gleichbar. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Auch führte die Reform des Länderfinanzausgleichs dazu, dass das Haushaltsvolumen grundsätzlich etwas zurückging. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Freistaat Bayern trotzdem immer noch rund 9 Milliarden Euro an die anderen Bundesländer bezahlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen der vergangenen Jahre werden unsere Haushalte auch in den nächsten Jahren prägen. Das wissen Sie alle so gut wie ich. Es ging seit dem Jahr 2020 darum, in der Krise Existenzen zu retten und den Staat handlungsfähig zu halten. Wirtschaftlich und wirksam zu handeln heißt, in der Krise auch schnell zu handeln; nur schnelle Hilfe war oft eine wirksame Hilfe.

Wir sind überwiegend auch Kommunalpolitiker. Ich möchte hinzufügen, dass wir als Freistaat Bayern gerade auch unsere Kommunen in dieser schwierigen Situation mit rund 4 Milliarden Euro massiv unterstützt haben.

Mein besonderer Dank gilt zunächst dem Bayerischen Obersten Rechnungshof mit seinem Präsidenten Christoph Hillenbrand für die äußerst sorgfältige und fundierte Arbeit, natürlich auch allen Beamtinnen und Beamten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Für die exakte und korrekte Verwaltung des staatlichen Vermögens danke ich ganz besonders unserem Finanzminister Albert Füracker und den Beamtinnen und Beamten im Finanzministerium. Einen Haushalt mit einem Volumen von mehr als 70 Milliarden Euro zu vollziehen – über 70 Milliarden Euro! – ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Herr Finanzminister, ein herzliches Dankeschön für diese großartige Arbeit! Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daneben möchte ich auch dem Finanzministerium für das herausragende Schuldenmanagement danken; dieses begründet nicht nur regelmäßig die Spitzenratings – Triple A –, die der Freistaat Bayern erhält; auch der ORH bestätigt, dass das Risiko für

Zinsänderungen wegen der konservativen und langfristigen Struktur des Schuldenportfolios niedrig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier ein ganz wichtiger Vergleich mit anderen Bundesländern: Die Quote für Zinsausgaben liegt in Bayern bei 0,7 %. Jetzt kommt ein wichtiger Punkt: Die vergleichbaren Länder müssen mit 1,8 % weit mehr als das Doppelte für Zinsen leisten. Daran sieht man sehr deutlich die Bedeutung der seriösen Finanzpolitik des Freistaates Bayern.

Ich finde, für diese vorausschauende und anspruchsvolle Arbeit, die selten Erwähnung findet, darf man sich ganz besonders herzlich bedanken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der ORH-Bericht macht deutlich, dass die Staatsregierung erneut hervorragend gewirtschaftet hat. Er enthält im allgemeinen haushalts- und finanzwirtschaftlichen Teil keine Beanstandungen. Das sollte man noch einmal ausdrücklich erwähnen.

Der ORH bescheinigt dem Freistaat Bayern eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Einnahmen und Ausgaben liegen bei gut 69 Milliarden Euro. Erfreulich ist natürlich auch, dass die Schuldenaufnahme Gott sei Dank – ich sage ganz bewusst: Gott sei Dank – nicht so hoch ausgefallen ist, wie damals, zum Zeitpunkt des Zweiten Nachtragshaushaltes 2020 befürchtet. Von der ursprünglichen Kreditermächtigung über 20 Milliarden Euro wurden glücklicherweise tatsächlich nur 7,2 Milliarden Euro gebraucht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die restliche Ermächtigung deckt auch noch das laufende Jahr 2022 ab. 1,6 Milliarden Euro aus den Krediten wurden zum Ausgleich von steuerlichen Mindereinnahmen verwendet. Sie wissen: Steuern sind in normalen Jahren mit über 80 % die größte Einnahmequelle unseres Freistaates Bayern. Im Jahr 2020 lag ihr Anteil aufgrund der zusätzlichen Corona-Verschuldung nur bei – in

Anführungszeichen – 64 %. Der Einbruch in den Steuereinnahmen zeigt sich besonders deutlich an der Einkommensteuer, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Anteil Bayerns ging um fast 10 % auf 5,3 Milliarden Euro zurück. Darin zeigen sich natürlich auch die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen, wie zum Beispiel Lockdowns und Kurzarbeit, die sich negativ auf die Steuereinnahmen auswirkten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dementsprechend sanken natürlich auch die Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen um 84 %. Ursächlich dafür waren vor allem die Banken, wie zum Beispiel die BayernLB, die BayernLabo und auch die LfA. Die Bankenaufsicht empfahl, im Jahr 2020 keine Dividenden zu bezahlen, sondern die eigene Substanz zu stärken. Hier zeigt sich sehr deutlich, dass der Freistaat Bayern im unternehmerischen Bereich verantwortungsvoll handelte. Mein Dank gilt daher auch der Beteiligungsabteilung des Finanzministeriums, dass sie in der Aufsicht über unsere staatlichen Beteiligungen Vorsicht hat walten lassen.

Dies zeigt aber auch im Umkehrschluss, wie vorsichtig wir auf sinkende Steuereinnahmen reagieren müssen. Die Mai-Steuerschätzung – die ist ja im Mai ganz aktuell, wie ihr alle wisst, gerade auch wir Haushaltspolitiker – ist zwar sehr optimistisch ausgefallen, doch ob die zugrunde gelegten Wachstumsraten auch so eintreten werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, halte ich persönlich für äußerst fraglich. Dazu gibt es ja auch schon entsprechende Aussagen unseres Finanzministers. Angesichts des prognostizierten Wachstums des BIP um 2,2 % in 2022 können wir immer noch sehr optimistisch sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Risiken durch den Ukraine-Krieg, die hohen Energiepreise, über die wir heute auch schon sehr intensiv diskutiert haben, und auch die gestörten Lieferketten sind aber ständig sichtbar und werden sich auch entsprechend auswirken. Eine finanziell solide und auch verantwortungsvolle Politik ist daher wichtiger denn je.

Abschließend von meiner Seite auch noch ein Wort zu den investiven Ausgaben – das ist mir auch sehr wichtig –, bevor später unser Ausschussvorsitzender, Herr Zellmeier, einiges sagen wird. Die Ausgaben für Investitionen stiegen 2020 gegenüber dem Vor-

jahr immerhin um 873 Millionen Euro an. Das heißt konkret: Die Investitionsquote betrug damit 12,4 %. Das ist weiterhin der Spitzenplatz unter den vergleichbaren westdeutschen Flächenländern. Mehr als 70 % der Investitionen entfallen auf die sogenannte Investitionsförderung und lösen somit auch entsprechende investive Maßnahmen aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend nochmals der Hinweis, dass wir am 28. April 2022 die 19 vom ORH aufgegriffenen Prüfungsergebnisse intensiv besprochen und auch entsprechende Beschlüsse gefasst haben. Darin wird die Staatsregierung ersucht, konkrete Abläufe in den einzelnen Ressorts zu verbessern und Mängel abzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der weitgehenden Umsetzung der Anregungen des Obersten Rechnungshofes wollen wir auch künftig gewährleisten, dass die gute und erfolgreiche bayerische Haushaltsführung weiter verbessert wird und der Freistaat Bayern auch künftig über solide Finanzen verfügt. Die CSU wird daher der Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Jahr 2020 mit großer Überzeugung zustimmen.

Abschließend darf ich Sie zum Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes auf Entlastung des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2020 für den Einzelplan 11 ebenfalls um Zustimmung bitten. – Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Tim Pargent. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Jahresrechnung für 2020 liegt vor – das ist das Jahr eins seit Corona. Ein

Blick auf die Haushaltspolitik zeigt aber, dass in 2020 doch manches unverändert bleibt. Erstens. Die Staatsregierung hatte sehr viel Geld zur Verfügung. 2020 wurden fast 69 Milliarden Euro ausgegeben. Zweitens wurde dabei nicht allzu viel Geld für Zukunftsaufgaben aufgewendet. Drittens taucht dann auch noch die Achillesferse dieser Staatsregierung, nämlich die schlechte Digitalisierung, auf. Dazu gibt es auch wieder allerhand Anmerkungen im Rechnungshofbericht. Neu in 2020 ist allerdings die hohe Neuverschuldung von im Ergebnis knapp 8 Milliarden Euro, die dann in den Folgejahren auf mittlerweile 20 Milliarden Euro angewachsen ist.

Zunächst aber ein Dank, ein Dank an den Obersten Rechnungshof und an das gesamte Team. Man merkt in den Anmerkungen in den Berichten manchmal ein klein wenig Enttäuschung, da sich doch viele Anmerkungen immer wieder auf ähnliche Bereiche erstrecken. Der ORH weist dennoch beharrlich auf Verbesserungsmöglichkeiten hin, bohrt auch manchmal nach – und ganz wichtig: Er bohrt nicht nur in der Vergangenheit, sondern er gibt auch Empfehlungen für die Zukunft – für den, der sie hören möchte, sogar rechtzeitig.

Nun liegen die Zahlen auf dem Tisch. Die Haushaltslage ist heute deutlich schwieriger als vor dem Jahr 2020. Dies liegt an der Pandemie, mittlerweile auch an dem Krieg in der Ukraine, aber es liegt aus unserer Sicht auch an der verschwenderischen Haushaltspolitik der Vorjahre. Mit Beginn der Corona-Pandemie hat der Landtag im Rahmen der Schuldenbremse zweimal 10 Milliarden Euro Kredite genehmigt. Ohne Nachweis der Verwendung der ersten 10 Milliarden haben wir GRÜNE den zweiten 10 Milliarden Euro nicht zugestimmt. Wie man heute sieht, haben wir damit auch recht behalten. Tatsächlich aufgenommen werden mussten im Corona-Jahr 2020 lediglich weniger als 8 Milliarden Euro und eben nicht 20 Milliarden Euro.

Wer mittlerweile den bayerischen Finanzminister insbesondere mit Blick auf Berlin hört, bekommt den Eindruck: Wenn die CSU Schulden macht – ich erinnere: 20 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Corona-Krise –, dann ist dies wichtig und notwendig. Wenn jetzt der Bund Schulden zur Bekämpfung der Ukraine-Krise und der Auswirkun-

gen des Krieges aufnimmt, dann sind Schulden der falsche Weg. Das ist aus unserer Sicht unglaublich, vor allem dann, wenn man alle zwei Tage neue Wunschzettel nach Berlin schickt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir wieder zurück nach Bayern schauen, ist aber eines gewiss: Es rächt sich jetzt, dass in den guten Haushaltsjahren mit boomender Konjunktur und satten Steuereinnahmen kaum Vorsorge getroffen wurde. Die Finanzierung des Pensionsfonds wurde weitgehend eingestellt; ebenso wurde die Schuldentilgung schon vor der Corona-Pandemie auf Eis gelegt. Lediglich in der Haushaltsrücklage wurde fleißig gebunkert, um wieder neue Ausgaben zu finanzieren. Wo könnten wir heute stehen, hätte die CSU-Staatsregierung nicht seit 2018 zahlreiche teure Ausgaben beschlossen? Von 2018 bis 2022 entstanden insgesamt 1,76 Milliarden Euro Mehrkosten für Familiengeld statt Landeserziehungs- und Betreuungsgeld, 1,9 Milliarden Euro wurden für das Pflegegeld ausgegeben, das nicht einen einzigen Pflegeplatz mehr bringt, und 0,6 Milliarden Euro fielen für Baukindergeld und Eigenheimzulage an. Es zeigt sich: Viel Geld bringt noch keine gute Politik. Söders Wahlgeschenke liegen übel auf der Tasche und erzeugen allerhand Mitnahmeeffekte. – Zukunftsinvestitionen? – Fehlanzeige.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mich erinnert die Ausgabenpolitik Söders der letzten Jahre an den Herrn, der abends an der Bar im Wirtshaus immer lauthals die Getränke spendiert. Wer abends am meisten Geld an der Bar lässt, macht sich zwar kurzfristig viele Freunde; am nächsten Tag aber wacht man mit einem üblen Kater auf. Insofern hat der Partylöwe Markus Söder zum Amtsantritt 2018 ganze Arbeit geleistet. Angesichts der vielen Baustellen in unserer Infrastruktur sitzt der Kater heute tief.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu zwei Einzelthemen im ORH-Bericht. Ganz vorn dabei – wieder einmal – ist das Oberthema IT. Eines unserer Hauptprobleme ist Ihre weiterhin bestehende Liebe zum Papier. Papiergestützte oder mit Papier nachgebesserte Massenverfahren haben aber keine Zukunft. Online muss Standard werden. Stellen Sie endlich überall um, und vermeiden Sie damit Fehler!

Konkret: Corona-Hilfen mussten anfangs auf Weisung von Herrn Aiwanger von Hand – auf Papier – beantragt und dann verarbeitet werden. Nächtelang haben die Ministeriumsmitarbeiterinnen und Ministeriumsmitarbeiter Handschriften entziffert und die Daten in das System eingepflegt. Puren Aktionismus nenne ich das, ohne Plan. Denken, bevor das Förderprogramm kommt – das hätte auch nicht länger gedauert als das Chaos, das Wirtschaftsminister Aiwanger letztlich erzeugt hat. Zudem war es eine Einladung zum Betrug. Wir brauchen ein IT-Standardverfahren für künftige Nothilfen inklusive Steuer-ID-Abgleich mit der Finanzverwaltung. Das fordert auch der ORH in seinem Bericht ein.

Beispiel zwei bezieht sich auf ein besonderes Highlight aus dem Innenressort. Der ORH-Bericht hat massive Mängel in der dortigen Beschaffung offenbart. Der Einkauf der neuen Distanzwaffe für die Polizei war letztlich leider ein Desaster. Die Ausschreibung im Paket – Waffe, Halfter, Munition, Magazine – hat die Kosten massiv erhöht. Erstens gab es dadurch weniger Angebote. Zweitens konnte nicht für die jeweiligen Teile der Ausstattung das im Einzelfall beste Angebot genutzt werden. Am Ende wurde noch teure Einsatzmunition statt Übungsmunition beschafft, weil der Paketlieferant nichts anderes beschaffen konnte. Das hatte nichts mehr mit den vorgeschriebenen Vergabeverfahren zu tun.

Wie so oft gab es vorab keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, keine Kosten-Nutzen-Analyse, keine Berechnung der Folgekosten. Vom Rahmen 2017 – 2 Millionen Euro – über die Prognose im Jahr 2018 – 3,4 Millionen Euro – sind wir schließlich bei 9 Millionen Euro für die Beschaffung der Waffe gelandet, plus Folgekosten für Fortbildung,

passende Schießstände und Waffenschränke. Das hat mit seriöser Haushalts- und Vergabepolitik nichts mehr zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zukunftsfähig ist die aktuelle Haushaltspolitik nicht. Der Jahresbericht 2022 des Rechnungshofs zeigt, dass im Freistaat viel Geld gespart werden könnte und an einigen Stellen auch mehr Einnahmen generiert werden könnten – nein, ich meine sogar: müssten.

Wir stehen haushaltspolitisch vor großen Herausforderungen. Ein einfaches Weiter-so wird es in den nächsten Jahren kaum geben können. Ich verweise nur auf die finanziellen Folgen des Ukraine-Kriegs und die Auswirkungen der Inflation. Gleichzeitig haben wir einen hohen Bedarf an Investitionen: in eine moderne Energieversorgung, in die Verkehrswende, in Bildung, Gesundheit und Digitalisierung.

Sie aber hinterlassen uns hohe Schulden in Form von monetären Schulden. Diese wiegen umso schwerer durch die verdeckte Verschuldung in Form der mangelhaften Infrastruktur und des Investitionsstaus. Wo ist denn der Ausbau der erneuerbaren Energien, zum Beispiel auf den staatlichen Dächern? Wo ist die Unterstützung für die Kommunen bei der klimaresilienten Anpassung? Wo ist der Ausbau des ÖPNV, gerade auf dem Land? Wir werden es ab morgen mit dem 9-Euro-Ticket im ganzen Land noch mehr merken. Wo ist das Investitionsprogramm zum Abbau des Sanierungsstatus, zum Beispiel an Hochschulen? Wo ist das Programm für mehr Fachkräfte, wo das Programm für digitale Behördengänge?

All das bedeutet keine gute Ausgangslage, sondern schwere Lasten für dieses Jahrzehnt; denn jetzt sind unsere Spielräume doch begrenzt. Wie es ohne wesentliche Einsparungen gehen soll, das bleibt das Geheimnis der Staatsregierung. Wo sind die Lösungsvorschläge für die nächsten Haushaltsjahre? Das Schweigen der Staatsregierung zu diesem Thema ist jedenfalls keine Lösung.

Eine Entlastung der Staatsregierung kommt deshalb für uns nicht infrage. Das Lastenheft ist zu voll. Die Lasten, die Sie gerade hinterlassen, sind zu schwer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Pargent, was sagen Ihnen die Jahre 2010, 2011 und 2012? – Ja, digital ist er unterwegs; er schaut gleich in seinem Laptop nach.

Ich sage es Ihnen: 2010, 2011 und 2012 – das waren die drei haushalterisch bzw. finanzpolitisch schlimmsten Jahre des Landes Nordrhein-Westfalen nach dem Krieg. Dreimal hintereinander hatte es die rot-grüne Regierung geschafft, einen verfassungswidrigen Haushalt vorzulegen. Angesichts dessen reden Sie davon, dass wir in Bayern angeblich unsolide wirtschaften?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Herr Kollege Pargent, wenn Sie in unserem Freistaat Verantwortung für die Haushalts- und Finanzpolitik hätten, dann wäre mir angst und bange. Sie haben hier einen guten Teil Ihrer Redezeit damit verbracht, die Staatsregierung dafür zu tadeln, dass sie Geld für Familien ausgibt. Jetzt kann man fragen – wie bei jeder Sozialleistung –: Ist das zielgerichtet?

Ich sage: Die Antwort geben die Menschen. Schauen Sie sich doch die Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Bayern an. Der Freistaat Bayern hat in den vergangenen zehn Jahren seine Bevölkerungszahl um 1 Million Menschen gesteigert – eine Steigerung um über 7 % der Gesamtbevölkerung! Bayern hat damit fast den kompletten Bevölkerungszuwachs von ganz Deutschland abgebildet.

Jetzt werden Sie einwenden, damit sei noch nicht bewiesen, dass das dem Freistaat Bayern etwas bringe. Ich sage: Das ist eine der Antworten auf die Fragen, die Sie gestellt haben. Fachkräfte? Jawohl! Fachkräfte brauchen wir – in ganz Deutschland, in Bayern, in den Regionen. Wenn aber die Leute nach Bayern ziehen – und nicht von hier wegziehen wie aus anderen Bundesländern –, dann sind darunter selbstverständlich auch viele Leistungsträger, die unsere Gesellschaft in Bayern bereichern, unsere Wirtschaft stärken und unsere Zukunftsfähigkeit garantieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich muss man, wenn man Oppositionspolitiker ist, Kritik üben und das Haar in der Suppe suchen – überhaupt kein Vorwurf deswegen. Aber man sollte schon auch anerkennen, was geleistet worden ist. Ich glaube, das haben wir FREIEN WÄHLER, als wir in der Opposition waren, durchaus getan, das heißt, wir haben die Situation sehr differenziert betrachtet.

Sicherlich gibt es Punkte, an denen man Kritik üben kann; niemand ist perfekt. Wenn Sie sich aber den Haushalt 2020 anschauen und den Verlauf jenes Jahres vor Ihrem geistigen Auge Revue passieren lassen, dann müssen doch auch Sie feststellen: Das war das Corona-Jahr. Im März, April und Mai wusste man tatsächlich nicht, wohin die Reise gehen würde. Wenn Sie heute behaupten, Sie hätten den zweiten 10 Milliarden Euro deshalb nicht zugestimmt, weil Sie schon damals gewusst hätten, dass für das Jahr 2020 insgesamt nicht mehr als die zuerst bewilligten 10 Milliarden Euro gebraucht würden, dann sage ich Ihnen: Wenn Sie Pinocchio wären, dann wären Sie mit Ihrer Nase wahrscheinlich an die Wand dort gestoßen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben 20 Milliarden Euro aufgenommen, und diese Summe haben wir in der Pandemie bisher gebraucht. Deswegen sage ich, sehr geehrter Herr Finanzminister, das war eine Punktlandung. Die soll ein anderer erst einmal nachmachen!

Dann höre ich, der Wirtschaftsminister hätte, weil er schneller war als alle anderen Bundesländer, gesagt: Jawohl, wir unterstützen euch. Wir geben der Wirtschaft Finanzhilfen, damit sie nicht absäuft. – Das kritisieren Sie und sagen, das hätte man nicht mit Anträgen auf Papier machen dürfen. Dann sagen Sie auch noch, damit sei dem Betrug Tür und Tor geöffnet worden. Ja, wo leben Sie denn, bitte? Wo sind die meisten Betrugsfälle aufgetreten? – Im Land Berlin, wo weder die CSU noch die FREIEN WÄHLER, sondern Sie die Verantwortung hatten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage herzlichen Dank an den Bayerischen Obersten Rechnungshof, der uns auch und gerade in dieser Krise hervorragend begleitet hat. Selbstverständlich muss auch der Oberste Rechnungshof da und dort sagen: Passt zukünftig besser auf. – Die Kritik, die der Oberste Rechnungshof aber geäußert hat, und die Punkte, die wir abzuarbeiten haben, sind im Vergleich zu allen anderen Bundesländern und auch zum Bund sehr überschaubar.

Trotzdem ist seine Arbeit sehr wichtig, auch wenn die Staatsregierung finanzwirtschaftlich und haushalterisch hervorragend arbeitet. Es hat auch einen Präventiveffekt: Natürlich ist man vorsichtiger, wenn man weiß, dass der Oberste Rechnungshof genau hinschaut; dann passieren schon deswegen weniger Fehler. Prävention ist nicht nur in der Sozialpolitik ein wichtiges Thema, sondern auch in der Haushaltspolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage allen hier im Raum herzlichen Dank dafür, dass wir in dieser Krise 2020 sehr besonnen und über Fraktionsgrenzen hinweg gut zusammengearbeitet haben. Ich erinnere nicht nur an die Zustimmung zum ersten Nachtragshaushalt, sondern ganz konkret an das Gesetz zum BayernFonds. Es war für den Finanzminister wahrlich nicht einfach, auf die Schnelle einen Entwurf zu zimmern. Wir haben diesen Entwurf fraktionsübergreifend nachgeschärft und nachgebessert. Wir haben das in sehr kon-

struktiver und guter Art gemacht; herzlichen Dank dafür. Auch an dieser Stelle sage ich: In so einer Krise zeigt sich auch die Qualität von Oppositionsfraktionen, dass man zusammensteht, dass man gemeinsam handelt. In diesem Punkt ein Kompliment und Dank auch an die Opposition.

Ich schließe mit den Worten, dass die Entlastung der Staatsregierung und des Bayerischen Obersten Rechnungshofs keine Frage sein sollte. Ich sage aber auch, dass Staatsregierung und Oberster Rechnungshof ihre Hausaufgaben speziell im Jahr 2020 mit großer Bravour gemeistert haben. Vielen Dank dafür; unsere Zustimmung ist Ihnen sicher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Pohl, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Kollege Pohl, Sie haben gerade eben den BayernFonds aus voller Brust gelobt. Können Sie mir sagen, wie viele Unternehmen der BayernFonds inzwischen unterstützt hat?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Mang, auch hier gilt, dass es gut ist, ein solches Instrumentarium für Notfälle zu haben. Stellen Sie sich vor, es hätten viele Unternehmen diesen BayernFonds benötigt; dann hätten wir dieses Instrumentarium gehabt. Vorbeugen ist besser als heilen – insbesondere wenn es keine Heilung mehr geben kann, sondern die Insolvenz droht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die AfD-Fraktion die Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs stimmen wir gerne zu. Wir danken dem ORH für seine hervorragende Arbeit. Er zeigt immer wieder die massiven Defizite dieser Regierungspolitik auf; das macht ihn zu einem unverzichtbaren Garanten unserer Demokratie.

Der Entlastung der Staatsregierung für das Haushaltsjahr 2020 können wir nicht zustimmen. Obgleich 2020 von Corona und nicht zielführenden Lockdown-Maßnahmen geprägt war, ist doch festzustellen, dass die Staatsregierung ihre Entscheidung zum Umbau der bayerischen Finanzen schon lange vorher getroffen hat. In ihrem Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 hatte die Staatsregierung schon Monate vor der Corona-Krise geplant, eines der Kernziele der CSU klammheimlich zu beerdigen: Bayern 2030 schuldenfrei. Davon ist wieder einmal nicht mehr übrig geblieben als eine großspurige Ankündigung und die Täuschung der Wähler.

Sie haben die verbindliche Schuldentilgung bis zum Jahr 2030 aus der Bayerischen Haushaltsordnung streichen lassen und drastisch reduziert. Für 2019 und 2020 war noch 1 Milliarde Euro an Schuldentilgung vorgesehen; tatsächlich getilgt wurden gerade einmal 10 %. Der Skandal dabei ist: Das alles haben Sie schon lange vor Corona entschieden. Die frei gewordenen Mittel wurden dann unter anderem für die sogenannte Hightech Agenda zweckentfremdet. Das entspricht dem Naturell von Obershowmaster Söder: weg von der Schuldentilgung hin zu glamourösen Prestigeobjekten.

(Beifall bei der AfD)

Nachdem Sie hektisch Ihren Corona-Sonderfonds aufgesetzt und mit 20 Milliarden Euro ausgestattet hatten, haben Sie den Verwendungszweck der Kreditermächtigungen für den Sonderfonds klammheimlich im Haushaltsgesetz umgeschrieben. Die Folge: Von den 20 Milliarden Euro hat diese Regierung 1,9 Milliarden Euro für etwas völlig

anderes zweckentfremdet. Niemand sollte überrascht sein, wenn angesichts dieser Unverfrorenheit der Begriff "Veruntreuung von Steuergeldern" kurz vor dem inneren Auge vorüberzieht.

Alles, was Sie in den letzten Jahren verpennt oder wortreich angekündigt haben, wird nun mithilfe von neuen Schulden durchgedrückt: Klimaschutz, Digitalisierung und Modernisierung von Infrastruktur. Das ist alles wichtig, hat aber eben keinen Bezug zu Corona. Dass wir der Entlastung der Staatsregierung nicht zustimmen werden, dürfte angesichts dieses skandalösen Umgangs mit Steuergeldern klar sein. Sie brechen Versprechen, schreiben Gesetze nach Belieben um und belasten künftige Generationen.

Da überrascht es auch nicht, dass Ihr Haushalt 2022 gegen die Schuldenbremse der Bayerischen Verfassung verstößt. Sie wollen für dieses Jahr 1,5 Milliarden Euro faktisch illegale Kredite aufnehmen und unter dem Corona-Label mal wieder Steuergeld in Klimapolitik umleiten, doch die Schuldenbremse darf nun einmal nur bei einer akuten Gefahr wie Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen ausgesetzt werden. Deshalb werden wir nicht nur diesen Haushalt ablehnen, sondern auch gegen ihn klagen.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Florian Ritter. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Florian Ritter (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst gilt unser Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Obersten Rechnungshofes und seinem Präsidenten Christoph Hillenbrand.

(Beifall bei der SPD)

Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat nicht nur seine verfassungsmäßigen Aufgaben hervorragend erfüllt, sondern er ist auch für uns als Parlamentarier regelmäßig Partner, Mahner und Hinweisgeber, um auch in Zukunft diese Haushalte gut gestalten zu können. Man muss nicht immer einer Meinung mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof sein, aber diese Rolle hat er hervorragend im Griff und unterstützt uns ausgezeichnet. Auch dieses Mal hat der Bayerische Oberste Rechnungshof seine Aufgaben gewissenhaft und sachkundig erfüllt, verfolgt auch weiterhin kritische Entwicklungen und Projekte innerhalb des Haushalts und behält den Finger in der Wunde. Die SPD-Fraktion wird deshalb die Entlastung des ORH unterstützen.

Dagegen werden wir der Entlastung der Staatsregierung nicht zustimmen, da auch dieser Haushalt einige gravierende politische Fehlentwicklungen beinhaltet und Fehler der Vergangenheit fortschreibt. Dass wir eine verhältnismäßig hohe Belastung durch die Corona-Situation hatten, soll nicht Gegenstand meiner Rede sein. Es ist wohl unstrittig, dass diese Mittel notwendig waren, dass es notwendig war, die Mittel zur Verfügung zu stellen, auch wenn der Kollege Pargent auf einige mit Sicherheit kritische Punkte in der Abwicklung hingewiesen hat.

Kolleginnen und Kollegen, wir sehen uns aber schon seit Jahren mit großen Ankündigungen der Staatsregierung zu den zugegebenermaßen ausgesprochen großen Herausforderungen konfrontiert. Ich nenne einmal einige: die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, das Vorantreiben der erneuerbaren Energien in Bayern und der klimaneutrale Umbau der Industrie. Natürlich müssen wir die Haushalte, auch diesen Haushalt, der jetzt zur Diskussion steht, vor dem Hintergrund dieser Ankündigungen und vor allem auch vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten beurteilen. Das will ich hier tun.

Die Ankündigungen waren immer sehr groß, die Ergebnisse in Teilen überschaubar und an manchen Punkten nicht existent. Damit komme ich zu einem ausgesprochen großen Kritikpunkt des Bayerischen Obersten Rechnungshofs; denn einige von diesen großen Versprechungen landen immer wieder im ORH-Bericht. Diesmal ist es die völ-

lig gescheiterte Wohnungspolitik der Staatsregierung. Der ORH kritisiert im Einzelnen, dass die von der Bayerischen Staatsregierung geschaffene BayernHeim das gesetzte Ziel der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nicht im Ansatz erreicht hat. Durch die BayernHeim wurde keine einzige neue geförderte Wohnung geschaffen. Diese Gesellschaft hat nur bereits bestehende Wohnungen zusammengekauft. Im Widerspruch zu den vollmundigen Versprechungen wurden staatliche Grundstücke bisher nicht genutzt. Im Übrigen wurde durch die BayernHeim auch eine Konkurrenz zum kommunalen Wohnungsbau aufgebaut, statt diesen zu ergänzen.

(Harald Güller (SPD): Also praktisch ein Komplettversagen!)

Kolleginnen und Kollegen, hier handelt es sich nicht um irgendein nebensächliches politisches Thema, sondern um die zentrale sozialpolitische Herausforderung in Bayern. Das wissen wir seit Jahr und Tag.

(Beifall bei der SPD)

Der Rechnungshof hat der Bayerischen Staatsregierung mit seinem Urteil den wohnungspolitischen Bankrott bescheinigt. Eine ähnliche Entwicklung haben wir aber auch bei anderen zentralen Zukunftsthemen in Bayern. Ich nenne den schleppenden Ausbau der erneuerbaren Energien, den klimaneutralen Umbau der bayerischen Industrie, die Verkehrswende und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Ich erinnere daran, dass Frau Kollegin Kohnen, als wir diesen Haushalt damals beschlossen haben, schon darauf hingewiesen hat, dass im selben Jahr das 365-Euro-Ticket angekündigt worden ist, das sich aber damals schon nicht im Haushalt niedergeschlagen hat. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur war nur eine bloße Ankündigung. Für alle diese Themen war die Ausstattung in den Haushalten unzureichend, die Umsetzung ebenso. Kolleginnen und Kollegen, es ist schon erstaunlich: Da handelt sich die Staatsregierung in ihren Pressemeldungen zum Haushalt von Jahr zu Jahr von Superlativ zu Superlativ; aber die Ergebnisse stehen in keinem Verhältnis dazu.

(Beifall bei der SPD)

Es besteht kein Zweifel: Soll Bayern auch in Zukunft sozial, wirtschaftlich und ökologisch zukunftsfähig sein, sind gewaltige Anstrengungen und Veränderungen notwendig. Die politischen Schwerpunktsetzungen der Haushalte der Jahre 2019 und 2020 spiegeln das nicht wider. Das gilt im Übrigen auch für den Steuervollzug. Auch der Steuervollzug wird seit Jahr und Tag nicht zufriedenstellend geregelt. Mangelhafte Kontrollen führen zu Ausfällen in Millionenhöhe. Bevorzugt werden durch diese Praxis vor allem die Bezieher von Spitzeneinkommen und die Vermögensmillionäre.

Kolleginnen und Kollegen, angesichts der erforderlichen Mehrausgaben durch Corona ist es auch dringend notwendig, den Vollzug zu verbessern, damit er gerecht ist und sich alle an den Lasten beteiligen. Es darf nicht wieder alles am Normalverdiener hängen bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege.

Florian Ritter (SPD): Kolleginnen und Kollegen – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist vorbei.

Florian Ritter (SPD): Gut, dann danke ich.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie bereits aus der Diskussion im Haushaltsausschuss bekannt, wird die FDP-Fraktion der Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2020 nicht zustimmen. Ich denke, der ORH hat in seinem aktuellen Jahresbericht jede Menge Gründe dafür geliefert. Die Liste der fiskalpolitischen Verfehlungen der Staatsregierung ist sehr lang. Das tut vor allem in Zeiten von Corona und der

dadurch besonders angespannten Haushaltslage weh. Wir haben im Haushaltsausschuss schon über viele Beispiele diskutiert. Ich möchte nur ein paar aufzählen, weil ich sie besonders krass finde:

Ein Beispiel ist die Verwendung der Mittel für die Verpflegung von Klinik- und Pflegepersonal, die laut ORH "zweckwidrig" war. Der ORH stellt fest, dass hier elementare haushaltsrechtliche Grundsätze außer Acht gelassen wurden. In der Sitzung des Haushaltsausschusses wurde das angesprochen. Dem Beschlussvorschlag des ORH wurde gefolgt, aber über den Hintergrund der Sache wurde nicht groß diskutiert. Dafür hätte ich schon gern eine saubere Erklärung. Es geht nicht nur darum, dass bei einem Drittel der 133 Millionen Euro nicht klar ist, wohin es geflossen ist. Dafür wurde ein Untersuchungsauftrag formuliert. Es geht auch darum, dass bei den Betroffenen sehr viel Porzellan zerschlagen wurde.

Beispiel 2: Das ist die Förderpolitik bei den kommunalen Hochbauten. Laut ORH ist das derzeitige Förderverfahren nicht geeignet, einen zweckentsprechenden und wirtschaftlichen Einsatz der Fördermittel sicherzustellen. Die FDP fordert schon seit Jahren, bei jedem Förderprogramm festzulegen, was das Ziel ist, wie die Erreichung dieses Ziels gemessen wird und wie gegebenenfalls Korrekturen vorgenommen werden können. Hier haben wir ein wunderbares Beispiel, dass genau das nicht passiert. Dieses Problem existiert seit Jahren.

Beispiel 3: Das ist der Sonderfonds Corona. Ich habe schon häufig gesagt, dass die Hightech Agenda Plus in diesem Sonderfonds nichts verloren hat. Ich weiß nicht, ob ich mich darüber freuen soll oder nicht, dass der ORH das ganz genauso sieht. Ich habe meine Zweifel, ob das, was da passiert ist, noch verfassungsgemäß ist.

Beispiel 4: Herr Kollege Pohl hat bei diesem Punkt zu einer gewissen Heiterkeit Anlass gegeben. Er hat im Ausschuss bei der Beratung der vorliegenden Anträge voller Bewunderung festgestellt, dass es die Regierung geschafft hätte, genau den Kreditrahmen von 20 Milliarden Euro auszuschöpfen. Gerade eben hat er in diesem Zusam-

menhang von einer "Punktlandung" gesprochen. Ich möchte in Bayern den Menschen sehen, der vor drei Jahren sagen konnte, dass wir genau 20 Milliarden Euro brauchen würden. Nichts für ungut, diese Behauptung war damals schon gewagt. Aber das jetzt erneut zu behaupten, ist wirklich eine Farce. Ich habe das noch einmal im Protokoll nachgelesen. Sie haben das wirklich so gesagt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): 20 Milliarden Euro sind 20 Milliarden Euro!
Das ist eine Punktlandung!)

– Wenn wir 20 Milliarden Euro haben, dann können wir sie auch ausgeben. Finanzminister Füracker hat immer gesagt, er gebe nur so viel aus, wie er unbedingt brauche. Jeden Euro, den ich weniger ausgabe – – 20 Milliarden Euro sind 20 Milliarden Euro! Darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

(Hans Herold (CSU): Was macht Herr Lindner?)

Zum Thema Schulden: Ich habe schon immer gefordert, dass zu den Staatsschulden endlich einmal ein sauberer Tilgungsplan vorgelegt werden soll. Mir wurde vonseiten der CSU entgegengehalten, das wäre nicht seriös. Vor ein paar Tagen wurde in Berlin über 100 Milliarden Euro verhandelt, mit denen wir die Bundeswehr wieder up to date bringen wollen. Unionschef Merz hat erklärt, dass er für diese 100 Milliarden Euro einen Tilgungsplan haben wolle. Den hat er nicht gekriegt. Bedeutet das jetzt, dass Unionschef Merz unseriöse finanzpolitische Forderungen stellt? Stelle ich diese Forderungen, sind sie unseriös. Das finde ich faszinierend.

Fakt ist: In dem Sonderfonds Corona-Pandemie sind eine ganze Menge coronafremder Ausgaben aufgeführt, wie etwa die Hightech Agenda Plus und die Berufseinstiegsbegleitung. Obwohl mir diese sehr wichtig ist – wie die meisten von Ihnen wissen –, muss man festhalten: Sie ist einfach falsch deklariert. Sie gehört nicht dorthin.

Wenn ich mir insbesondere den Prüfungsbericht anschau, in dem bei vielen Einzelplänen von schlampigen Vergabeverfahren die Rede ist, und wenn ich mir den Fra-

genteil zum Untersuchungsausschuss Maske anschau, der dann noch drankommt und bei dem wir uns mit dem Vergabeverfahren beschäftigen wollen, dann bin ich wirklich gespannt, was wir dann wirklich finden. Ich war wirklich erstaunt, als wir vor zwei Wochen – ich glaube, es war im Untersuchungsausschuss – die Aussage von einem Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums erhielten, dass es eine grüne Spur gab. Das heißt, dass bestimmte Angebote, die über bestimmte Personen kamen, schneller bearbeitet wurden und in bestimmten Kriterien weniger stark geprüft wurden. In derselben Woche hat Ministerpräsident Söder behauptet, das wäre auf keinen Fall so. Ich bin wirklich gespannt, wie das Ganze ausgeht.

Lieber Herr Finanzminister, ich glaube, es gibt noch eine ganze Menge an Arbeit, die drinsteht. Wenn Sie dann selbst zitieren, dass der Freistaat "höchst sorgsam mit Steuergeldern umgeht", hege ich erhebliche Zweifel an dieser Wortwahl, wenn ich mir die Liste des ORH anschau.

(Beifall bei der FDP)

Angesichts der nur noch kurzen verbleibenden Redezeit komme ich nur noch kurz zum ORH. Der Entlastung des ORH werden wir natürlich zustimmen. Ich bin sehr froh, dass wir ihn haben. Ich bin froh darüber, dass er seine Aufgabe so interpretiert, dass nicht nur nachgeprüft wird, ob richtig gebucht wurde, sondern dass sich der ORH immer mehr proaktiv einbringt, begleitend prüft und berät, auch wenn es manchen nicht so schmeckt. Trotzdem glaube ich, dass es die Rolle ist, die ein Prüfer künftig auch einnehmen sollte. Deshalb vielen Dank an die Mitarbeiter des ORH für den Bericht. In der Sitzung des Haushaltsausschusses habe ich mehrfach angemerkt, dass man das eine oder andere Mal durchaus stärker hätte hinlangen können. Manche Formulierungen und Beschlussvorlagen waren etwas schwach.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Vielen Dank an den ORH. Der Entlastung des ORH werden wir zustimmen, der Entlastung des ORH der Staatsregierung nicht.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Kollege Josef Zellmeier für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn darf ich mich den Dankesworten meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschließen, wenn es darum geht, die Arbeit des ORH zu würdigen. Der ORH ist ein ganz wichtiger Ratgeber, ein wichtiger Partner, der uns zur rechten Zeit Dinge aufzeigt, der uns aber – das möchte ich an der Stelle auch sagen – wiederum eine im Großen und Ganzen ordnungsgemäße Haushaltsführung bestätigt hat. Sie auf der Oppositionsseite sollten das einmal zur Kenntnis nehmen.

Die Haushaltsführung ist ordnungsgemäß. In Einzelpunkten gibt es Kritik. Sie gab es immer, und sie wird es immer geben. Diese Kritikpunkte wollen wir abstellen. Dass es in einzelnen Punkten vielleicht unterschiedliche Einschätzungen gibt, wird auch immer so sein. Wir haben aber eine Bestätigung der ordnungsgemäßen Haushaltsführung, und wir haben viele Dinge, die wir entweder selbst erkannt haben oder infolge der Kritik des ORH bereits abgestellt haben bzw. in Zukunft abstellen werden. Das heißt, Sie von der Opposition kritisieren Details. Die große Linie ist aber vollkommen richtig und in Ordnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die finanzielle Stabilität war immer das Markenzeichen der CSU. Der schuldenfreie Haushalt und die Schuldenbremse waren immer ein Markenzeichen der CSU. Beides haben wir in Bayern und deutschlandweit durchgesetzt. Das lassen wir uns auch nicht durch eine völlig unberechtigte Kritik nehmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn die Höhe der Kreditermächtigungen im Rahmen der Corona-Folgen kritisiert wird, dann darf man doch eines sagen: Seien wir doch dankbar dafür, dass wir mit dem Ansatz, den wir für ein Jahr vorgesehen haben, über drei Jahre reichen! Seien wir doch dankbar, dass es unser Finanzminister geschafft hat, so sinnvoll zu wirtschaften, und dass die Steuereinnahmen insgesamt noch höher ausgefallen sind. Das muss man auch betonen. Dass die Mittel über drei Jahre reichen, ist doch ein großer Erfolg.

Lieber Kollege Kaltenhauser, natürlich kann man das nicht schon zu Beginn so voraussagen, aber wir haben alles getan, um mit den Mitteln möglichst auszukommen. Das ist doch ein großer Erfolg. Wir können dem Finanzminister doch nur ein Kompliment dafür aussprechen, dass er es geschafft hat, drei Krisenjahre mit dem Ansatz eines einzigen Jahres zu bewältigen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der hohe Ansatz war übrigens auch bewusst so gewählt, weil wir ein Signal an die Gesellschaft und an die Wirtschaft senden wollten: Wir lassen euch nicht im Stich. Wir treffen Vorsorge, um eingreifen zu können, wenn es notwendig ist. – Dass wir das nicht im vollen Umfang ausschöpfen mussten, ist gut so. Das Signal war aber in einer der schwersten Krisen, die wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine solide Finanzpolitik wird von den GRÜNEN und der SPD immer wieder angemahnt: Wir sollten solider wirtschaften. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nur ein einziges grün-rot- oder rot-grün-geführtes Bundesland sehen, das eine solidere Finanzpolitik betreibt als Bayern. Nennen Sie mir doch eines!

(Hans Herold (CSU): Es gibt keines!)

– Es gibt keines. Genau! Der Kollege Herold sagt es: Es gibt kein Bundesland, das besser ist als wir.

Wenn Sie uns einmal demonstrieren würden, dass Sie es dort, wo Sie regieren, besser machen, dann wären wir begeistert und würden sagen: Wir können noch etwas lernen. – Denn wir sind ja lernfähig. Aber es gibt nichts zu lernen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Investitionsquote ist im Vergleich der Flächenländer West mit Abstand die höchste: 8,6 % zu 12,4 % in Bayern. Das ist eine Quote von 44 % mehr als im Rest der westlichen Flächenländer. Wir haben florierende Unternehmen. Wir schaffen eine digitale Infrastruktur, die sensationell ist. Ich verstehe die Kritik am Ausbau überhaupt nicht. Die Digitalisierung ist uns ein Herzensanliegen. In Bayern lag der Schwerpunkt zu Recht, weil wir das größte Flächenland sind, darauf, die Fläche zu erschließen. Wir haben 1,6 Milliarden Euro dafür eingesetzt. Kein anderes Bundesland hat das gemacht. Auch der Bund hat lange gebraucht, bis er nachgezogen hat. Auch das ist also eine Erfolgsgeschichte. Das sollten Sie uns doch einmal zugestehen und nicht immer nur grundlos kritisieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir sind ein Vorzeigestandort für Unternehmensansiedlungen und für Neugründungen von Unternehmen. Wir schaffen übrigens auch im Straßenbau beste Infrastruktur. Auch das ist wichtig und wird zu Unrecht kritisiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir investieren aber auch in die sozialen Standards. Bayern ist das Familienland. Das lassen wir uns viel Geld kosten, nämlich in der Summe 4 Milliarden Euro. Das Familiengeld und das Krippengeld gibt es so nur in Bayern. Ich verstehe nicht, wie man das kritisieren kann. Die Kinder sind doch unser höchstes Gut, unser Nachwuchs. Wir müssen da viel investieren und tun das auch. Darauf sind wir stolz. Sie sollten Ihre Kritik zurücknehmen! Bei 680.000 Kindern, die wir unterstützt haben, ist das eine grandiose Leistung und ein Riesenerfolg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unsere Haushaltspolitik ist zukunftsfähig. Mit der Hightech Agenda setzen wir auf die Zukunft, und zwar in ganz besonderem Maße. Das gilt auch für viele andere Bereiche, wie etwa den ÖPNV-Ausbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Ampel-Parteien, es wäre übrigens schön, wenn die Regionalisierungsmittel so, wie es die Koalition in Berlin vereinbart hat, auch tatsächlich erhöht würden. Wir warten darauf. Es wäre auch schön, wenn beim Wohnungsbau auch diejenigen, die in die Standards KfW 55 und KfW 40 investieren wollten, nicht von heute auf morgen die Schuhe vor die Tür gestellt würden. All das sind Dinge, die in Bayern nicht passieren. Bei uns ist die Politik zukunftsorientiert und vor allem planbar.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Ich danke nochmals unserem Finanzminister für die exzellente Leistung. Wir haben die richtigen Standards gesetzt, wie immer in der Vergangenheit, werden das auch in der Zukunft tun und werden uns dabei nicht von unberechtigter Kritik beirren lassen. Wir werden der Entlastung sowohl der Staatsregierung wie auch des ORH natürlich zustimmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um die Entlastung des Obersten Rechnungs-

hofes, kurz ORH genannt, und um die Entlastung der Staatsregierung für das Haushaltsjahr 2020.

Der Entlastung des ORH können wir mit Lob und Anerkennung zustimmen, da diese Institution auf höchstem Niveau die Ausgaben der Regierung Söder beleuchtet und viele Missstände kontinuierlich aufdeckt. Anders hingegen steht es um die Entlastung der Staatsregierung Söder. Es ist bezeichnend, dass Herr Söder jetzt nicht anwesend ist. 2020 war der Startschuss für eine noch nie da gewesene Verschuldung des Freistaats aufgrund der sinnlosen Lockdown-Politik. Dass viele Bereiche der Wirtschaft durch diese Eingriffe vor dem Kollaps standen, versuchte die Regierung Söder mit Schulden und noch mehr Schulden auszugleichen.

Für viele mittelständische Unternehmer und deren Beschäftigte kam diese Hilfe zu spät oder reichte vorne und hinten nicht. Die Regierung Söder schmückt sich ja gerne mit dem Attribut der Nachhaltigkeit. Wenn etwas an der Regierung Söder nachhaltig war, dann die nachhaltige Zerstörung der bayerischen Wirtschaft, der nachhaltige Verlust des verbliebenen bayerischen Wohlstands und der Ersparnisse sowie die nachhaltige Vernichtung der bayerischen Lebensfreude.

(Beifall bei der AfD)

Diese verlorene Zeit kann auch kein BayernFonds zurückbringen. Söder hat den BayernFonds mit stolzgeschwellter Brust verkündet. Der BayernFonds war aber, was die Praxis betrifft, nachhaltig unbrauchbar und nutzlos.

Herr Kollege Pohl, ich habe Sie gefragt. Sie haben die Frage nicht beantwortet. Laut ORH hat dieser Fonds bisher ganze drei Unternehmen unterstützt. Es wurde nicht einmal 1 % der bereitgestellten Mittel abgerufen.

(Josef Zellmeier (CSU): Gott sei Dank!)

Nachhaltig ist der von Söder errichtete bayerische Schuldenturm, der laut ORH erst bis 2050 abgetragen werden kann. So nebenher warten auch noch die älteren Schul-

den auf Rückzahlung. Die Bayerische Landesbank darf sich derweil freuen. Und weil die Schuldenbremse angesprochen wurde: Die wurde nicht eingehalten. Der einzige Grund, warum Sie sie überschreiten durften, war, dass immer wieder der Katastrophenfall ausgerufen wurde. Das war der Grund. Das wird Ihnen jetzt wahrscheinlich auf die Füße fallen, weil Sie diese Mittel zweckentfremdet haben. Deswegen werden wir jetzt Klage einreichen.

(Beifall bei der AfD)

Dabei fahren wir gerade jetzt mit Vollgas ins nächste Desaster. – Es war die AfD-Fraktion hier im Bayerischen Landtag, die noch 2019 bei sprudelnden Rekordsteuereinnahmen gewarnt hat: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not! – Söder war das egal. Jetzt ist die Not da und wird nachhaltig größer werden.

(Tobias Reiß (CSU): Bei der AfD ist die Not groß!)

Den finanziellen Spielraum, den die Regierung Söder dieses Jahr bräuchte, hat sie beginnend 2020 unnütz verbraten, weil ein Herr Söder sich so gerne in das Rampenlicht vieler Regierungserklärungen zu weiteren Lockdowns gestellt hat. Wollte sich hier etwa jemand zugunsten einer bevorstehenden Kanzlerkandidatur besonders herausputzen? Was ist am Ende geblieben? – Geblieben ist der Schuldenturm,

(Zurufe von der CSU: Oh!)

das nachhaltige Leuchtturmprojekt der ach so nachhaltigen Regierung Söder, das noch über viele Generationen strahlen, aber keinen Bürger wärmen wird. – Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nun spricht noch Herr Staatsminister Albert Füracker für die Bayerische Staatsregierung. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir das Jahr 2020 zu meistern und zu planen hatten, befanden wir uns am Beginn einer der größten und intensivsten Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg in unserem Land und in Europa: medizinische Krise und gesellschaftliche Krise, die wirtschaftliche Krise stand am Horizont. Wenn ich mich zurückerinnere, mit welchen Sorgen und Ängsten wir den wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüberstanden, und wenn ich jetzt zurückblicke, was heute abgerechnet wird nach dem Bericht des ORH, und wenn die Staatsregierung entlastet werden kann, dann – das sage ich ganz ehrlich – entschuldige ich mich für gar nichts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich entschuldige mich nicht dafür, dass wir damals zunächst einmal 20 Milliarden Euro genommen haben, und schon gleich gar nicht entschuldige ich mich dafür, dass wir die 20 Milliarden Euro nicht gebraucht haben. Was soll denn das eigentlich sein?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich muss jetzt ganz ehrlich sagen: Langsam komme ich gar nicht mehr hinterher, zu verstehen, wie hier gedacht wird: ziemlich verquer. Dann gibt es auch noch Menschen, die hier im Landtag stehen und behaupten, die Regierung Söder habe die bayerische Wirtschaft zerstört,

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

die gerade dazu beiträgt, dass wir so wenig Arbeitslose haben wie seit langer Zeit nicht mehr, dass wir offene Stellen haben und dass wir wieder Rekordsteuereinnahmen haben. Das ist angeblich eine zerstörte bayerische Wirtschaft!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da muss ich ehrlich mal sagen: Wo sind wir denn da? Ich bin froh, dass ich nicht Eintritt zahlen musste für das, was ich gerade gehört habe, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber es hat mich trotzdem fast etwas belustigt.

Fakt ist: Der ORH bestätigt für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Freistaates Bayern im Jahr 2020 eine insgesamt ordnungsgemäße Führung. 2020 war das größte Krisenjahr, das wir alle miteinander erlebt haben. Das muss man sich mal vorstellen. Das haben wir hingbracht. Da muss ich ganz ehrlich sagen: In der Zeit einer solchen Krise war es natürlich eine Herausforderung, trotzdem eine Investitionsquote von 12,4 % zu erreichen. Flächenländer West: 8,6 %. Wenn Sie wollen, dass wir einsparen und genauso wenig investieren wie andere Flächenländer: Dafür hätten wir kaum Schulden machen müssen, meine Damen und Herren. Unser Motto und unsere Idee war eine andere. Diese Koalition hat gesagt: Investitionen sind das Krisenbekämpfungsmittel überhaupt. Deswegen haben wir auf Rekordniveau investiert. Wir sind als einziges Bundesland durch zwei internationale Ratingagenturen – darunter Standard & Poor's – mit Triple A mit positivem Ausblick bestätigt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gebe auf diese beiden Ratingagenturen noch mehr als auf den einen oder anderen Oppositionellen, der hier erklärt, dass morgen die Welt untergeht. Trotzdem bin ich nicht glücklich, dass wir im Jahr 2020 7,2 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Corona-Folgen kreditieren mussten. Jeder Euro Neuverschuldung bereitet mir Kopfzerbrechen.

Aber, meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, wie jemand, der in Berlin den Bundesfinanzminister trägt, der sicherlich im Moment Geschichte schreibt, was Schulden anbelangt,

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

überhaupt in Bayern darüber diskutieren kann, wie verantwortungsvoll wir mit den Kreditermächtigungen umgegangen sind, die uns der Landtag gegeben hat. Meine Damen und Herren, ich kann mich doch nicht hier herstellen und irgendwelche Vergleiche mit Berlin ziehen, lieber Herr Pargent. Natürlich vergleiche ich mich mit Berlin. Wir haben bis zum heutigen Tag insgesamt 10,1 Milliarden Euro Schulden gemacht, Berlin ein bisschen mehr. Wir haben es nicht nur für uns gemacht, sondern wir haben die Kredite zum Beispiel auch für die bayerischen Kommunen aufgenommen.

(Hans Herold (CSU): Genau!)

Wir haben als Freistaat Bayern von diesen gut 10 Milliarden Euro etwa 4 Milliarden Euro an die Kommunen gegeben. Dafür hätte ich ehrlicherweise mal Lob von den GRÜNEN erwartet, nicht irgendeine Kritik. Ich rechne Ihnen jetzt nicht vor, wie viele Schulden die Koalition in Berlin macht und wofür das Geld hergenommen wird. Aber zu sagen, ich würde bayerische Schulden schönreden und Berliner Schulden verteuern, ist ein Argument, das nicht zählt, vor allen Dingen dann, wenn man hier kritisiert, die Digitalisierung in Bayern wäre so schlecht angekommen. Das sagt der Vertreter einer Partei, die in Berlin einer sogenannten "Ampel" angehört, die im Moment ein Gesetz plant, wo man schnelles Internet mit "mindestens 10 Mbit/s" definiert.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin ehrlicherweise etwas perplex. Ich bin echt perplex!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

10 Mbit/s als schnelles Internet zu definieren – –

(Ulrich Singer (AfD): Wir wären froh, wenn es überhaupt funktionieren würde!)

Die Ampel in Berlin ist in der Tat auf einem Kurs, der offensichtlich stärker den Rückwärtsgang einlegt, als nach vorne zu schauen. – Und dann sagt der Herr Pargent, wir hätten 20 Milliarden Euro aufgenommen. Das haben wir nicht! Wir hatten eine Kreditermächtigung über 20 Milliarden Euro. Davon sind bis zum heutigen Tag 10,1 Milliarden Euro wirklich als Kredit aufgenommen.

Außerdem wird behauptet, wir hätten den Pensionsfonds vernachlässigt. Wir haben auch in den Krisenjahren in den Pensionsfonds das einbezahlt, was im Haushalt stand, was geplant war. Nirgendwo ist irgendwie auf Kosten der Zukunft gespart worden. Deswegen bitte ich schon, hier wenigstens korrekt zu argumentieren.

Natürlich haben wir die Ausnahme von der Schuldenbremse wegen Corona genutzt. Doch wir haben alle Möglichkeiten zur Senkung der Nettokreditaufnahme in Erwägung gezogen und genutzt. Das machen wir natürlich mit einer Abwägung. Ich sage es noch einmal: Wir hatten über die Abwägung im Landtag entschieden. Kein Ansparen gegen die Krise, gleichmäßige Entnahme von Rücklagen, Inanspruchnahme von Krediten und Konsolidierungsbeiträge auch vonseiten der Ressorts. Im Haushalt 2022 – ich erinnere an die Debatte vor ein paar Monaten – haben wir 700 Millionen Euro drin, auch als Konsolidierungsbeitrag der Ressorts, wo wir uns selbst in den Ausgaben beschränken. Natürlich haben wir auch im Haushalt für 2022 Corona-Bekämpfungspolitik drin. Zusammen mit dem Haushaltsausschuss – lieber Josef Zellmeier, ich danke dir und den Stellvertretern und allen, die im Haushaltsausschuss arbeiten – haben wir Wege gefunden, zu helfen, wenn es notwendig war. All das hat der Landtag entschieden. Deswegen ist es vonseiten des Rechnungshofes, glaube ich, nicht kritikwürdig, wenn der Landtag Entscheidungen getroffen hat und die Staatsregierung die so vollzieht, wie sie getroffen sind.

Zum BayernFonds. Ich verstehe bis zum heutigen Tag nicht, wie man uns vorwerfen könnte, wir hätten beim BayernFonds eine zu großzügige Absicherung für mögliche Probleme in der Wirtschaft geplant. Ich entschuldige mich für keinen Cent. Ja, wir haben jetzt diese Kreditermächtigungen gesenkt von 20 Milliarden Euro auf 10 Milliar-

den Euro. Wir haben den Garantierahmen von 26 Milliarden Euro auf 6,5 Milliarden Euro gesenkt. Nachdem vor zwei Jahren behauptet wurde, wir hätten für den Bayern-Fonds 46 Milliarden Euro Schulden gemacht, könnte ich heute quasi sagen, wir haben 29,5 Milliarden Euro zurückbezahlt. So ein Unsinn!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben weder 46 Milliarden Euro Schulden gemacht

(Beifall bei der CSU)

noch 29,5 Milliarden Euro zurückbezahlt, sondern wir haben insgesamt nur 35 Millionen Euro gebraucht. Ich bin heilfroh und dankbar, ich bin gottfroh, dass wir das Instrument nicht gebraucht haben, und ich bin euch und Ihnen dankbar dafür, dass das Instrument zur Verfügung gestanden hätte, wenn es denn nötig gewesen wäre. Das ist Vorsorge. Deswegen lasse ich mich für Vorsorge, die nichts gekostet hat, auch nicht kritisieren, meine Damen und Herren. Wo kommen wir denn überhaupt hin!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Tilgungspläne sollen eingehalten werden. Herr Dr. Kaltenhauser, wir haben das doch so oft diskutiert. Ab 2024, so steht es im Haushaltsgesetz, müssen wir jeweils ein Zwanzigstel der aufgenommenen Gelder tilgen, 20 Jahre lang: die 7,2 Milliarden Euro des Jahres 2020 – ab 2024 ein Zwanzigstel; die weiteren 2,9 Milliarden Euro des Jahres 2021 – ab 2025 ein Zwanzigstel. Wenn wir 2022 tatsächlich etwas aufnehmen sollten, was bis zum heutigen Tag nicht geschehen ist,

(Zuruf)

dann werden wir auch tilgen. Das macht Berlin genauso wie wir. Auch Ihr Bundesfinanzminister in Berlin hat bis heute keinen Schuldentilgungsplan für die Nicht-Corona-Schulden vorgelegt. Jedenfalls kenne ich den nicht. Er hat höchstens einen Plan vor-

gelegt, wie man alle Jahre noch mehr Schulden machen kann. Deswegen ist es doch wirklich ein Witz!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Ziel ist ambitioniert genug, das weiß ich. Aber es ist als Gesetz festgelegt. Ich möchte noch einmal sagen, dass wir mit unseren Geldern und Kreditemächtigungen sehr sorgsam umgehen. Ich weiß, dass der ORH und auch die Opposition uns kritisiert haben. Das haben wir hier diskutiert, weil die Steuereinnahmen des Jahres 2021 viel besser gelaufen sind, als zu befürchten war. Ja, das stimmt. Wir mussten in 2021 die 3,6 Milliarden Euro geplanten Steuerausfälle nicht kompensieren und hatten insgesamt 5,1 Milliarden Euro höhere Steuereinnahmen. Also mussten wir 3,6 Milliarden Euro weniger Schulden machen. Die 1,5 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen, die wir hatten, haben wir jetzt verwendet, um den Kreditrahmen zu reduzieren. Das ist doch selbstverständlich. Dazu brauche ich auch keine Ermahnung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich sage es noch einmal: Bisher sind von den geplanten, erlaubten 20 Milliarden Euro 10,1 Milliarden Euro kreditiert, und wir werden jetzt die 1,5 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen, die wir 2021 hatten, verwenden, um diesen Gesamtkreditrahmen weiter zu reduzieren. Das heißt, die bisher gestatteten 20 Milliarden Euro werden nach all dem, was ich heute ermessen kann, zu höchstens 17,9 Milliarden Euro werden, wenn wir dann im Jahr 2022 die 5,8 Milliarden Euro wirklich brauchen, die im Haushalt stehen. Auch das finde ich doch eine tolle Botschaft an so einem Tag – nicht mehr 20 Milliarden Euro, sondern 17,9 Milliarden Euro, weil das der Haushaltsvollzug 2021 hergibt.

Deswegen möchte ich auch dem ORH und allen, die das sehr genau beobachten, sagen: Ja, wir nehmen das ernst und reduzieren diese Kreditemächtigung, sofern es irgendwie möglich ist. Es war nie mein Ziel, diesen Gesamtkreditrahmen auszuschöpfen. Wir sind mit den Kreditemächtigungen verantwortungsvoll umgegangen. Aber ich

bleibe dabei: Wir investieren weiter. Investition als Krisenbewältigung, das ist unser Ziel. Wir werden im Jahr 2022 fortfahren, wie es im Haushalt vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die Krise ist nicht vorbei. Corona ist nicht vorbei. Wir wissen nicht, was der Herbst bringt, ob es Mutationen oder weiß der Teufel was gibt. Ich bin zum Glück nicht Gesundheitsminister. Davon verstehe ich nichts. Aber ich weiß, dass wir auch hier wieder Vorsorge im Haushalt 2022 getroffen haben. Das haben wir miteinander beschlossen, jedenfalls die, die zugestimmt haben.

Mittlerweile ist natürlich ein weiteres Problem durch die Ukraine-Krise, die Energiefrage und die Inflation entstanden, das es erneut unkalkulierbar macht, einen Haushalt so zu planen, wie sich das alle vorstellen. Die Experten im Jahr 2022, die heute gesprochen haben, haben genau sagen können, was wir im Jahr 2020 falsch geplant haben. Anstatt sich zu freuen, dass wir das Geld nicht gebraucht haben, sagt man, wir hätten schlecht geplant. Das haben wir nicht getan. Wir haben vorsichtig und umsichtig geplant, und das machen wir auch für das nächste Jahr.

Mein Kompass ist da klar, meine Damen und Herren. Mein Ziel – das habe ich immer wieder gesagt, das ist nichts Neues – ist natürlich, dass wir 2023 keine neuen Schulden mehr machen müssen. Wir werden trotzdem investieren. Aber wenn ich jetzt hier sagen würde, ich verspreche hoch und heilig, dass das so ist, dann wäre ich der beste Hellseher, den es gibt. Trotzdem werde ich tun, was in meiner Macht als Finanzminister steht, und wird die Staatsregierung schauen, dass es nicht erforderlich ist, im Jahr 2023 wieder neue Schulden zu machen. Ich glaube, deswegen sind wir sehr gut durch die Krisenjahre 2020, 2021 und 2022 – bei allem, was bisher im Finanzbereich gemanagt wurde – gekommen. Ich hätte 2020 wesentlich besser geschlafen, hätte ich damals gewusst, was ich jetzt weiß.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, der ORH hat keinerlei Feststellungen getroffen, die der Entlastung der Staatsregierung entgegenstünden. Dass es auch einmal Diskussionen

um einzelne Fragen, Debatten und Meinungsverschiedenheiten im Detail gibt, ist nichts Neues. Das ist Bestandteil und Wesen von Politik und demokratischer Auseinandersetzung.

Deswegen danke ich allen, die mithelfen, dass wir überhaupt diese Debatten führen können. Natürlich danke ich auch meinem Haus. Solche Haushalte aufzustellen und zu vollziehen ist kompliziert. Ich danke dem Haushaltsausschuss, Josef Zellmeier, den Fraktionen, der Koalition, die den Haushalt auch trägt. Meine Damen und Herren, es gibt hier mutige Menschen im Haus, die beschließen tatsächlich so einen Haushalt. Die stehen dann auch dazu, dass sie ihn beschlossen haben. Einfacher ist es natürlich, immer zu sagen: Nein, ich stimme dagegen; weiß der Teufel, was kommt! – Wenn dann irgendetwas nicht so läuft, wie es vielleicht schön wäre, kann man immer noch sagen: Ich war schon immer dagegen.

Wir sind miteinander durch diese Krisenjahre, diese Krisenhaushaltsjahre gegangen. Wir gehen weiter mit dem Mut, den es braucht, mit der Konsequenz, die nötig ist, mit der Planungssicherheit, die wir gerade nicht haben. Wir ersetzen sie durch möglichst kluge Haushaltsplanung und Haushaltsführung, die dazu geführt hat, meine Damen und Herren, dass es nicht mehr 20 Milliarden Euro sein müssten, sondern höchstens noch 17,9 Milliarden Euro, jedenfalls nach den Zahlen, die mir im Moment vorliegen. Ich finde, das ist ein wunderbarer Erfolg und eine wunderbare Botschaft, auch für den heutigen Tag.

Ich bitte jedenfalls, der Entlastung für das Jahr 2020 zuzustimmen. Ich kann es mit allerbestem Gewissen empfehlen, dies zu tun, und danke denen, die zustimmen werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Ferdinand Mang von der AfD das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, unsere Kritik bezog sich in erster Linie auf die Lockdown-Politik; denn diese hat erst den Schuldenturm verursacht.

Ich erlaube mir noch eine Anmerkung zur gepriesenen Vollbeschäftigung. Eine Vollbeschäftigung, die auf Hartz-IV-Aufstockung und Mindestlohnempfang basiert, ist nicht unbedingt ein nachhaltiges Erfolgsmodell.

Jetzt zur Frage: Im "Münchner Merkur" vom 31.05.2022 werden Sie zitiert: "Schulden sind auf Dauer der falsche Weg." Jetzt haben wir schon seit einiger Dauer, seit zwei Jahren, diesen Schuldenweg. Jetzt geht es aber noch weiter. Wir steuern auf die nächste Krise zu. Wir haben jetzt hier die Energiekrise, die auf uns zukommt, insbesondere im Winter. Jetzt erwarten wir auch durch China ein weiteres Sprengen der Lieferketten. Wie soll das dann bitte weitergehen?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Mang, warum fällt es Ihnen denn gar so schwer, sich auch einmal zu freuen?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über Tagesordnungspunkt 7 abstimmen, also über Entlastung der Staatsregierung. Der Abstimmung liegt die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/22783 zugrunde. Ich gehe davon aus, dass über die einzelnen Nummern der Beschlussempfehlung getrennt abgestimmt werden soll.

Nach Nummer 1 der Beschlussempfehlung soll der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2020 und des Jahresberichts 2022 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaats

tes Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2020 Entlastung erteilt werden.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Markus Bayerbach (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung des Abgeordneten Markus Plenk (fraktionslos). Damit ist das so beschlossen.

Nach der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen soll die Staatsregierung gemäß Artikel 114 Absatz 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht werden, entsprechend den Buchstaben a bis s eine Reihe von Maßnahmen zu veranlassen und hierzu dem Landtag zu berichten. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf die Drucksache 18/22783. Ich lasse zunächst über die Buchstaben einzeln abstimmen, zu denen kein einstimmiges Ausschussvotum vorliegt.

Hier beginne ich mit der Abstimmung über Nummer 2 Buchstabe d.

Wer dem Buchstaben d zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach und Plenk. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das somit beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Nummer 2 Buchstabe k.

Wer dem Buchstaben k zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion, FDP-Fraktion, AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach und Plenk. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Sehe ich jeweils keine. Dann ist das auch so beschlossen.

Nun lasse ich gemeinsam über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einstimmig beschlossenen Buchstaben der Nummer 2 abstimmen. Es sind dies die Buchstaben a bis c, e bis j und l bis s.

Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion, FDP-Fraktion, AfD-Fraktion sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Bayerbach. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/22783 ist damit in allen Punkten zugestimmt worden.

Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen und Feststellungen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2020 gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Ich lasse nun über den Tagesordnungspunkt 8 abstimmen – Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/22719 soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2020 für den Einzelplan 11 die Entlastung erteilt werden.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach und Plenk. Gibt es Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich auch keine. Dann ist das auch so beschlossen.

Dem Bayerischen Obersten Rechnungshof ist aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2020 für den Einzelplan 11 gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung ebenfalls die Entlastung erteilt. Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 sind somit erledigt.